

Bremen, 18. April 2023

Antwort auf Ihre Wahlprüfsteine

Sehr geehrter Herr Dr. Stecker,

vielen Dank für die Einsendung Ihrer Wahlprüfsteine, die wir Ihnen hiermit beantworten. Wir freuen uns darauf, in der kommenden Legislaturperiode mit Ihnen im Austausch zu bleiben.

Mit freundlichen Grüßen,
Alexandra Werwath & Florian Pfeffer
Landesvorstandssprecher*innen

--

1. Alle Schulen in freier Trägerschaft (SiFT) leisten einen aktiven Beitrag zur Vielfalt des bremischen Schulwesens. Welche Bedeutung messen Sie grundsätzlich den SiFT bei?

Wir Grüne unterstützen es sehr, wenn sich SiFT auf den Weg machen und die Bremische Bildungslandschaft durch ein besonderes Konzept bereichern. Hierbei werden auch Impulse gesetzt, die von öffentlichen Schulen übernommen werden. SiFT sind ein Element einer Zivilgesellschaft, in der Bürger*innen in wichtigen gesellschaftlichen Fragen Mitverantwortung übernehmen. Die Gründung und das Betreiben von SiFT kann aus Sicht der Grünen Ausdruck eines aktiven Bürger*innenengagements und ein Stück gelebte Demokratie sein. Sie erfüllen einen öffentlichen Auftrag, sind Teil eines öffentlichen Schulwesens und haben sich gegenüber der Öffentlichkeit und den staatlichen Aufsichtsbehörden für ihre Leistungen ebenso zu rechtfertigen wie die staatlichen Schulen.

2. Durch welche Maßnahmen wollen Sie das Wirken der SifT innerhalb der Bildungslandschaft des Landes Bremen für die Zukunft absichern und ihnen weiteren Entwicklungsspielraum eröffnen?

Wie bereits in Frage 1 dargestellt, entstehen SifT häufig in Folge eines besonderen Engagements von Bürger*innen, mit einem besonderen Schulkonzept die Bildungslandschaft zu bereichern. Dies unterstützen wir ausdrücklich. Sollten die SifT grundsätzlich in die Situation kommen, dass ihre Zukunft gefährdet ist, unterstützen wir sie gerne, damit sie ihre Arbeit auch in Zukunft fortsetzen können. So wie wir die SifT bei der Einführung der iPads unterstützt haben, setzen wir uns sehr dafür ein, dass sie auch in Zukunft bei vergleichbaren Investitionen in Bildungsqualität unterstützt werden.

3. SifT sind im Vergleich zu öffentlichen Schulen unterfinanziert. Setzt sich Ihre Partei für eine Änderung im Privatschulgesetz ein, damit die gesamten Personalkosten - vergleichbar zu einer öffentlichen Schule - refinanziert werden?

Wir können uns grundsätzlich vorstellen, bei der Finanzierung Anpassungen vorzunehmen, damit das Sonderungsverbot auch einhaltbar ist, z. B. durch zusätzliche Unterstützung bei der Aufnahme von Kindern aus sozio-ökonomisch belasteten Familien. Die Finanzierung der SifT muss ausreichend sein und auf einer nachvollziehbaren Basis vergleichbarer Kosten im öffentlichen Bereich beruhen. Wir erwarten aber auch einen angemessenen finanziellen Beitrag des Trägers. Eine völlige finanzielle Gleichstellung durch die Anerkennung aller Kosten eines Schülerplatzes steht für uns nicht im Vordergrund, denn der öffentliche Sektor muss sich zwangsläufig der Gewährleistung eines breiteren Angebots stellen. Elternbeiträge sind aus Sicht der Grünen so zu gestalten, dass es zu keiner Sonderung nach den Einkommensverhältnissen kommt, die zu sozialer Ausgrenzung führt (Einhaltung des Sonderungsverbots). Das Schulgeld kann einkommensbezogen gestaffelt werden.

4. Mit wieviel Prozent beabsichtigen Sie zukünftig, die Personalkosten einer SifT zu refinanzieren?

Wir Grüne beabsichtigen keine Änderung der bestehenden Bezuschussung der SifT entsprechend § 20 Privatschulgesetz. Fachliche Mindeststandards für das Personal in den SifT müssen mit den Qualifikationen der Lehrkräfte im öffentlichen Schulwesen vergleichbar sein.

5. Setzt sich Ihre Partei für eine Änderung im Privatschulgesetz ein, damit SifT eine finanzielle Unterstützung für anstehenden Betriebs- und Investitionskosten - vergleichbar zu einer öffentlichen Schule - erhalten?

Wir Grüne setzen uns dafür ein, dass SifT bei besonderen Herausforderungen genauso berücksichtigt werden, wie öffentliche Schulen. So haben wir uns in der laufenden Legislatur dafür stark gemacht, dass auch SifT angesichts der explodierten Energiepreise bei den Heizkosten unterstützt werden. Das ist gegenüber den betroffenen Kindern und Lehrkräften eine Frage der Gleichbehandlung. Die gestiegenen Energiekosten durften nicht dazu führen, dass Schüler*innen in kalten Klassenzimmern frieren, ganz gleich, ob Kinder

öffentliche oder private Schulen besuchen. Sie müssen genauso mitbedacht werden, wie sie zurecht bei der Ausstattung mit Tablets und Lüftungsgeräten in der Corona-Krise mitbedacht wurden.

6. Mit wieviel Prozent beabsichtigen Sie zukünftig, die Betriebs- und Investitionskosten einer SifT zu refinanzieren?

Wir Grüne beabsichtigen keine Änderung der bestehenden Bezuschussung der SifT entsprechend § 20 Privatschulgesetz. Bei besonderen Voraussetzungen kann hiervon abgesehen werden, siehe Antwort auf Frage 5.

7. Vor dem Hintergrund zum Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung stehen die Grundschulen in freier Trägerschaft vor größeren Investitionen und höheren Personalkosten. Setzt sich Ihre Partei dafür ein, dass sich das Land an diesen Kosten beteiligt?

Da die Finanzierung bisher auf dem Halbttag basiert, wäre zu überprüfen, inwieweit es im Zuge der Ausweitung der Ganztagschulen nicht auch eines veränderten Rahmens bei der finanziellen Unterstützung auch der SifT bedarf.

8. SifT verstehen sich als inklusive Schulen und leisten ihren Beitrag in der Flüchtlingsfrage. Setzt sich Ihre Partei dafür ein, damit SifT zukünftig finanziell unterstützt werden, wenn zusätzlich Sonderpädagog:innen, Lehrkräfte oder Sozialpädagog:innen eingestellt werden müssen?

Wir Grüne setzen uns dafür ein, dass auch SifT bei besonderen Herausforderungen eine zusätzliche finanzielle Unterstützung erhalten, so wie dies auch bei den öffentlichen Schulen geleistet wird, insofern diese Herausforderungen den grundsätzlichen Auftrag der Schule übersteigt. Ziel muss sein, dass SifT diese besonderen Herausforderungen und die dabei entstehenden – und nicht eingeplanten zusätzlichen – Kosten vergleichbar erstattet bekommen, wie öffentliche Schulen.

9. Für Lehrkräfte von öffentlichen Schulen ist aktuell keine Beurlaubung unter Fortzahlung der Bezüge an eine SifT möglich, um z.B. Funktionsstellen zu besetzen. Setzt sich Ihre Partei für eine gesetzliche Änderung ein?

Wir Grüne setzen uns nicht für eine Änderung in diesem Zusammenhang ein.

10. Setzt sich Ihre Partei für eine Änderung in der Aufnahme-Verordnung für Oberschüler:innen (§ 10 Abs. 4 Satz 1 AufnVO) ein, so dass Grundschulen in freier Trägerschaft auch einer staatlichen Oberschule zugeordnet werden?

Ja, wir Grüne begrüßen es ausdrücklich, wenn auch die Grundschulen in freier Trägerschaft einer staatlichen Oberschule zugeordnet werden. Wenn Eltern ihr Kind nach vier Jahren an einer SifT für die fünfte Klasse an einer öffentlichen Schule anmelden wollen, dann sehen wir es auch als Anerkennung für öffentliche Schulen. Sie dürfen im Anmeldeverfahren

daher aus unserer Sicht nicht nachrangig, sondern müssen gleichberechtigt behandelt werden.